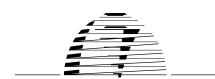




Bundestags- brief

Nr.41 • Die Woche im Bundestag • 20.06.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Andenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Ehren halten:

Vor 55 Jahren begann mit Streiks und Demonstrationen der Aufstand gegen die SED-Diktatur. Am 17. Juni 1953 schlossen sich im ganzen Land über eine Million Menschen den Protesten an und forderten den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen. Nur mit massivem Einsatz von Polizei und sowjetischer Armee konnten die sozialistischen Machthaber den Aufstand niederschlagen. Mindestens 55 Menschen wurden von Volkspolizisten und Rotarmisten erschossen. In den Tagen nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden mehr als 6.000 Personen verhaftet und zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt. Sieben Freiheitskämpfer wurden hingerichtet. Der 17. Juni 1953 war die größte Freiheitsbewegung der deutschen Geschichte. Vor aller Welt demonstrierte die ostdeutsche Bevölkerung ihren Mut und Widerstand gegen die sozialistischen Unterdrücker. Gleichzeitig zeigte er, dass der Sozialismus nur mit Gewalt und gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden konnte. Wenn die Linkspartei heute „Freiheit durch Sozialismus“ fordert, zeigt das nicht nur die Geschichtsvergessenheit dieser Partei, sondern offenbart auch, dass sie bis heute nicht versteht, dass Sozialismus nicht Freiheit, sondern Zwang und Unterdrückung bedeutet. Wir gedenken der Teilnehmer und Opfer des Aufstandes. Ihr Andenken mahnt uns, jegliche Form des Totalitarismus entschieden zu bekämpfen.

Arbeitsmöglichkeiten für Ältere verbessern – Altersteilzeit auslaufen lassen

Der aktuelle Wirtschaftsaufschwung ist auch der Aufschwung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerade sie profitieren in besonderer Weise vom Rückgang der Arbeitslosigkeit. Während noch vor wenigen Jahren lediglich 38 Prozent der über 55-Jährigen erwerbstätig waren, sind es heute bereits 52 Prozent. Ein Arbeitsplatz ist weiterhin die Garantie für ein selbstbestimmtes Leben und eine sichere Rente.

Deshalb müssen wir weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um auch älteren Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Aus diesem Grund haben wir in der Koalition vereinbart, die unsoziale Förderung der gesetzlichen Altersteilzeit auslaufen zu lassen. Die Subventionierung der Altersteilzeit ist eine teure und unsoziale Maßnahme, die ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben drängt. Deshalb ist die Entscheidung der SPD zur Verlängerung der Altersteilzeit ein falscher Weg, den wir auf keinen Fall mitgehen werden.

60 Jahre soziale Marktwirtschaft – Erfolgsgeschichte der Union:

Am Freitag, dem 20. Juni, jährt sich die Geburtsstunde der sozialen Marktwirtschaft zum 60. Mal. Mit der Einführung der D-Mark und der Freigabe der Preise hatte sich Ludwig Erhard gegen massive Bedenken durchgesetzt. Damit war zugleich der Grundstein für den Wiederaufbau und das Wirtschaftswunder gelegt. Zu einem Zeitpunkt, als andere noch in Kategorien des marxistischen Klassenkampfes dachten, hatte Erhard die zentrale und soziale Kraft der Freiheit bereits deutlich erkannt. Für Erhard war klar: Nur eine freie Wirtschaft ist eine soziale Wirtschaft und nur eine starke Wirtschaft ist stark genug, um den sozialen Ausgleich zu schaffen. Denn die Idee des sozialen Ausgleichs war und ist ebenfalls zentral für die soziale Marktwirtschaft. Damit war aber nicht die Notwendigkeit ständig steigender Transferleistungen gemeint, sondern in erster Linie die Möglichkeit, sich als freier Bürger am wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. „Wohlstand für alle“, dieses Versprechen Ludwig Erhards hat die soziale Marktwirtschaft gehalten: Sie hat nicht nur die Grundlage dafür gelegt, dass Deutschland heute eine der größten Industrienationen weltweit ist, sondern hat auch die enorme Kraftanstrengung erst er-

möglichst, die notwendig war, um den Aufbau Ost in hohem Tempo voranzutreiben. Die Union war und ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir wissen, dass Freiheit die Voraussetzung von Gerechtigkeit ist. Ohne eine funktionierende Marktwirtschaft gibt es keinen Wohlstand. Wir wissen aber auch, dass der Markt kein Selbstzweck ist, sondern im Interesse der Gemeinschaft steht.

Die soziale Marktwirtschaft ist die beste Wirtschaftsform, weil sie wie keine andere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialem Ausgleich verbindet.

Bildungschancen verbessern – Aufstieg ermöglichen:

Die Möglichkeit zum individuellen Aufstieg und zur Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg ist das größte Versprechen der sozialen Marktwirtschaft. Wir stehen heute vor der großen Aufgabe, durch die Verbesserung unseres Bildungssystems diese Chancen weiter zu verbessern. Konkret heißt das: Wir dürfen nicht zulassen, dass Jahr für Jahr 80.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen, und wir müssen dafür sorgen, dass die Schule die Schüler ausbildungsreif macht. Die soziale Herkunft darf nicht über Bildungs- und Berufschancen entscheiden. Deshalb müssen wir individuelle Defizite bereits im Vorschulalter bekämpfen. Und wir müssen die Durchlässigkeit zum obersten Prinzip unseres Bildungssystems machen. Keine Schule darf zur Sackgasse werden!

Als führendes Industrieland müssen wir zudem dafür sorgen, dass auch weiterhin genügend hervorragend ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Deshalb ist es wichtig, mehr junge Menschen – vor allem auch Frauen – für naturwissenschaftliche und technische Berufe zu begeistern. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den Lehrern zu. Unsere Lehrerinnen und Lehrer erfüllen eine der verantwortungsvollsten Aufgaben in unserem Land. Wir müssen ihnen den Rücken stärken und dafür sorgen, dass auch weiterhin die besten Köpfe sich für den Lehrerberuf entscheiden.

Wir halten am EU-Reformvertrag fest:

Das Nein der Iren zum Vertrag von Lissabon ist bedauerlich. Es disqualifiziert aber nicht den Vertrag, weil er die Europäische Union handlungsfähiger und transparenter macht sowie die Vielseitigkeit der Mitgliedstaaten respektiert und ihnen neue Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet. Kurzum: Dieser Vertrag macht die EU besser.

Deshalb haben wir ihn im Deutschen Bundestag ratifiziert. Wir werden den Reformvertrag keineswegs aufgeben und auch nicht neu verhandeln. Die Staats- und Regierungschefs aller 27 Mitgliedstaaten haben den Vertrag von Lissabon unterzeichnet. In 18 Mitgliedstaaten ist die Ratifizierung bereits abgeschlossen. Wir erwarten daher, dass die anderen Mitgliedstaaten ihre innerstaatlichen Ratifizierungsverfahren weiterführen. Die irische Regierung muss zusammen mit den anderen Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel in dieser Woche einen Ausweg aus der schwierigen Situation finden. Gerade Irland und die irische Bevölkerung haben seit ihrem Beitritt enorm von der Mitgliedschaft der EU profitiert. Es ist im Rahmen der emotionalen und vielerorts bewusst verzerrenden, populistischen Kampagne gegen den Vertrag von Lissabon offenbar noch nicht gelungen, diese Errungenschaften deutlich genug hervorzuheben.

Für uns steht fest: Bloß weil einer nicht mitmacht, wird Europa nicht aufgegeben. Europa muss weiterhin zusammenwachsen und die Eigenverantwortlichkeit seiner Mitgliedsländer stärken. Am Donnerstag gab es anlässlich der irischen Ablehnung des EU-Reformvertrags im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung. Deutlich wurde hervorgehoben: Die EU darf jetzt nicht einfach über das Ergebnis des Referendums hinweggehen. Sie muss sich vielmehr selbst fragen, wie sie Europa näher an die Menschen bringen kann. Mit mehr Bürokratie und Gängelung wie etwa bei der Antidiskriminierung und dem Bodenschutz wird ihr das nicht gelingen.

Zu guter Letzt:

Mein Tipp der Woche

Der Amerikaner Man Ray (1890 – 1976) zählt zu den bedeutenden Künstlern des 20. Jahrhunderts. Die Ausstellung „**Man Ray: Unbekümmert, aber nicht gleichgültig**“, im Martin-Gropius-Bau zeigt erstmalig über 300 Zeichnungen, Fotografien, Gemälde und Plastiken aus der Sammlung des Man Ray Trusts. Die Sammlung umfasst Bestände aus allen Werkphasen des großen amerikanischen Surrealisten, der malte, collagierte oder arrangierte, bevor er zur Fotografie kam. Danach fotografierte Man Ray alles, was in der Kunst Rang und Namen hatte.

Die Ausstellung ist bis zum 18. August 2008 im Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstr. 7, zu sehen.

Öffnungszeiten: Mi - Mo 10 – 20 Uhr, Di geschlossen, Eintritt: 7 €/ 5 €ermäßigt.